

“Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm das will”

Die Demo der Hafenarbeiter, die “Bolkestein-Protteste” in Brüssel, Straßburg und Berlin, können nur dann nachhaltige Wirkung zeigen, so der Druck von der Straße nicht vorzeitig eingestellt wird. Der ver.di-Streik der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, es geht um Lohnsenkungen, nicht wie von Vielen leichtfertig nachgeplappert, um “läppische 18 Minuten”. Im öffentlichen Dienst sind verstärkt Frauen in Teilzeitarbeit beschäftigt, die bei gleichem Rhythmus, bei dem Spagat zwischen Arbeit und Kinderbetreuung, für ihre normal abgeleisteten Teilzeit-Stunden weniger ausbezahlt bekommen sollen. Damit ist abermals Altersarmut für Frauen vorprogrammiert, da auch der monatliche Rentenbeitrag



reduziert abgeführt wird. Aber, die Frage muss gestellt werden: “wird ein hart arbeitender Mensch überhaupt noch das neue Renteneintrittsalter mit 67 Jahren wirklich und ungebrochen erleben können ?” Bisher sind überwiegend Politiker als GreisInnen gesichtet worden, oft auch schon im noch jugendlichen Alter. Das wohl auch als optische

Begründung für eine fette Politiker-Rente, fällig schon nach wenigen Jahren als Dank für das Zerstören der Sozialsysteme, für das Plattmachen der Volkswirtschaft und für das “globalisierte” Abzocken der Bürger und BürgerInnen ? Wie lange lässt sich der deutsche Michel, die deutsche Michaela, von diesen Politikern und anderen, so genannten Volksvertreter oder anderen selbstherrlichen Stellvertretern an der Nase herumführen ? Es geht nicht an, dass z.B. ein Herr Sommer den Kampf als verloren erklärt, aufkeimenden Widerstand immer so kanalisiert, dass Demos gespalten, nur noch zum Zählen der mobilisierbaren Mitglieder dienen. Die Gier des Kapitals ist nur durch Schulterchluss zu zügeln. (HaDe)

Wer regiert diese Republik, wer manipuliert die Medien ?

“Mit einer vollen Hose ist gut stinken”, so ein derber, aber zutreffender, bayrischer Kraftausdruck. Etat: jährlich über 6 Million Euro. So viel Geld wird von der Industrie, vom Kapital, der INSM zur Verfügung gestellt, um die Themen nicht nur bei Frau Sabine Christiansen zu

dominieren. Gleichzeitig wird mehr als eine halbe Milliarde Steuermittel für Tausende oft nur hochpreisige, so genannte Gutachten ausgeben. “Gelesen, gelacht, gelocht”, “vom Irrsinn der “Berater-Republik”, so titelt eine Filmproduktion des SWR, die durch ein bislang unveröffentliche

tes Bundesrechnungshof-Gutachten bestätigt ist. Siehe auch Textauszug Seite 7, zum Thema: “guter Rat ist teuer”, schlechter allerdings auch. 3sat.de/ard/sendung/87984/index.html Richtig bedenklich wird es jedoch, wenn mit der Macht des Geldes Volkszorn geschürt wird (HaDe)

Wohnungswechsel ?

Darf Frau G. mit ihrem psychisch erkrankten Sohn die Wohnung über ihrer ebenfalls psychisch erkrankten Tochter beziehen ? Auch die Tochter benötigt dringend eine psychosoziale Betreuung. Diese wird von der 60jährigen Mutter ohne Entgelt geleistet. Weiter Seite 2

Stimmungswechsel ?

dürfen die in ver.di organisierten öffentlichen Arbeitnehmer streiken, um weitere Lohnkürzungen zu verhindern ? Liebe Mitbürger, ABER JA ! Streikrecht ist ein hohes Gut im Arbeitskampf, auch zum Erhalt von Bürger-Rechten ! Übt bitte endlich Solidarität !

Politikerwechsel ?

... lokal / kommunal im Herbst ? Wir wollen für Geringverdiener ein Sozialticket, nicht nur Dienstwagen für die Herren Politiker. Im Herbst, bei den Kommunalwahlen, können wir diejenigen unsozialen Politiker abstrafen, die eine bezahlbare Mobilität verweigern. Weiter Seite 2

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ?

Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. Kontakte: siehe letzte Seite

“ALP-Traum” ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe “Agenda 2010 kippen” Hannover

Die Projektgruppe gegen die Agenda 2010 trifft sich jeden 1. Dienstag um 18.30 Uhr

Treffpunkt siehe letzte Seite

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptraum.org - info@gegen-sozialabbau.de



Pinge-linge-ling, jetzt kommt der "Erbsenzählermann" ?

Fortsetzung von Seite 1

Dennoch sperrt sich die Behörde.

Die Tochter wohnt im gleichen Wohnblock um die Ecke. In Krisenzeiten ist die Tochter sehr verstört, traut sich nicht mehr auf die Straße, so dass ihre Mutter zu Hilfe eilen muss. Dabei besteht jederzeit Gefahr, dass auch der Sohn in Abwesenheit der Mutter „ausflipp“.

Frau G. hat jahrelang auf eine Gelegenheit gewartet, endlich mit ihren beiden Kindern unter einem Dach zu wohnen, ohne die "Selbständigkeit" der Tochter aufzugeben.

Dieses Zusammenziehen ist derzeit in idealster Form möglich!

Die Wohnungs-Gesellschaft hat für Frau G. und ihren Sohn eine Wohnung im Haus der Tochter reserviert.

Diese Wohnung liegt unmittelbar über der Wohnung der Tochter, ist im Notfall über das gleiche Treppenhaus erreichbar. Auch die Tochter könnte jetzt wieder ihre Mutter aufsuchen.

Die erwünschte Wohnung ist identisch geschnitten wie die bisherige, Küchen- und andere Möbel, auch die Gardinen usw. sind unverändert benutzbar.

Es entstehen keine neuen Kosten für die Kostenübernahme-Träger!

Auch der Wechsel der Wohnung wird kostenfrei von Freunden erledigt!

Die Mieteobergrenze ist zwar abermals überschritten, **die neue Wohnung ist jedoch um 7,- Euro günstiger!**

Für die Behörden ist es preiswerter, wenn Frau G. weiterhin die Betreuung ihrer Kinder übernimmt, ihre Kinder nicht wesentlich teureren Pflegeeinrichtungen überlässt.

Nach vorliegenden Informationen war die ARGE noch bereit, gemäß dem vorgelegten Wohnungsangebot diesem Wohnungswechsel zuzustimmen.

Sind nach Übergang der Zuständigkeit auf die Landeshauptstadt Hannover zuvor abgegebene Zusagen hinfällig?

@lptraum hat bei der zuständigen Sachbearbeiterin telefonisch und schriftlich angefragt, jedoch keine schlüssigen Antworten erhalten.

Wird dieser dringend benötigte Wohnungswechsel jetzt mit einer nicht mehr nachvollziehbaren Härte behandelt?

Hat Sachbearbeiterin Frau C. die besonderen Umstände dieses Falles beachtet, hat sie ihren Handlungsspielraum auch bezüglich Krankheiten ausgeschöpft?

Ist Kostenabwägung zwischen Pflegediensten / häuslicher Betreuung erfolgt? **Die neue Wohnung wird bereits von der Wohngesellschaft für Frau G. und Sohn kostenfrei renoviert, ein Wohnungswechsel müsste dringend noch**

im Februar genehmigt sein!

Die Redaktion der Zeitung @lptraum fordert die beteiligten Sachbearbeiter und deren Vorgesetzte auf, diesen Fall erneut zu prüfen, aufgrund der besonderen Umstände und der positiven Kostenneutralität, monatliche Ersparnis ca. 7,- Euro, einer Miet-Kostenübernahme für diesen Wohnungswechsel umgehend zuzustimmen. (HaDe)



Einstein im März

"Holzhacken ist deshalb so beliebt, weil man bei dieser Tätigkeit den Erfolg sofort sieht."
(Albert Einstein 1879-1955)

Nicht nur Schelte für MitarbeiterInnen der ARGE der Region Hannover

Eine Einladung zur ARGE bereitet Betroffenen oft Magenbeschwerden. Das war in diesem Fall völlig unnötig. **Dennoch, es ist immer ratsam, einen Beistand (Zeugen) mit ins Amt zu nehmen.** Der Kollege, der sich über

seinen Sachbearbeiter beschwert hatte, befürchtete Sanktionen, bat um meine Begleitung. Sehr freundlich und absolut korrekt und souverän empfing uns die Bereichsleiterin des Job-Center in der Esplanade. Sie wollte den Sachverhalt

anhören, um entscheiden zu können, ob die Beschwerde begründet sei.

Gerade auf Sachbearbeiterebene kann Stress zu Überreaktionen führen, die aber in keiner Weise von den "Kunden" hingenommen werden müssen. (HaDe)

Sozial-Ticket-Kampagne - Sozialausschuss tagt erst wieder im Mai

Zur Verstärkung des Handlungs-Drucks auf die politischen Entscheidungs-Träger suchen wir zusammen mit dem "Sozial Bündnis Hannover" weitere Organisationen, die als Unterstützer, unsere Forderung durch ein öffentliches Bekenntnis und durch Beteiligung an Unterschriftensammlungen unterstützen. **Download der gemeinsam verfassten Erklärung www.alptraum.org**

Wir bitten um Abruf der Unterschriftenlisten. Unterstützer-Erklärungen von Organisationen oder Initiativen erbitten wir bis zum 01.04.2006. Weiterhin bitten wir um Auslage der Listen in Räumen mit Publikumsverkehr. Für den Rücklauf der Einzel-Unterschriften-Listen haben wir Zeit. Spätestens im Wahlkampf zur Kommunal-Wahl erhoffen wir ein Einlenken der

KandidatInnen, die schließlich auch auf unsere Stimmen angewiesen sind.

@lptraum bleibt hartnäckig beim Thema: Der Sozialausschuss der Region hat den "Antrag auf eine bezahlbare Mobilität" in den Mai verschoben. Termin zu dieser Bürgerfragestunde ist noch unbekannt, wird von uns für interessierte Bürger rechtzeitig veröffentlicht. (Alp)

Impressum: "ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover
Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Heinz-Dieter Grube (HaDe), Jens Schaper (JeSch), Foto: G. Ladusch (GaLa)
Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover
www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de
@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung
Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg
Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.
Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.
Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papiaerausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Der Sozialausschuss tagt im Haus der Region, 6. Etage, Hildesheimer Str. 20

Hartz IV schafft Jobs ? 32 neue Richter in Niedersachsen

Hartz IV entpuppt sich als gewaltiges Arbeitsbeschaffungsprogramm - aber nur für die Gerichte, vor allem in Niedersachsen. Nirgends in Deutschland klagen Erwerbslose so häufig gegen ihre Leistungsbescheide wie in Niedersachsen. Mit der Hartz-IV-Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe brach eine Flut von Klagen über die niedersächsischen Sozialgerichte herein. (Siehe auch @lptraum Nr.10 + 12) Die Zahl der Verfahren stieg um 30 Prozent und der Bestand unerledigter Verfahren wächst. In diesem Jahr gibt es deshalb 32 neue Richterstellen. Im ersten Reformjahr 2005 stieg die Zahl neuer Verfahren vor den acht Sozialgerichten von 25.200 auf 32.500. Hinzu kamen gut 4700 Klagen vor der zweiten Instanz in Celle. Mehr als 7000 dieser Prozesse und Eilanträge betrafen ausschließlich Hartz-IV-Streitigkeiten. Allein in Hannover gab es 2131 neue Verfahren um Arbeitslosen- und Sozialhilfe. "Niedersachsen ist ungefähr auf dem Niveau von Nordrhein-Westfalen, das dreimal so viel Einwohner hat", erklärte Ende Januar die Präsidentin des Landesozialgerichts in Celle, Monika Paulat. Die Klageflut ist allerdings regional sehr unterschiedlich. Ganz vorn lie-

gen Oldenburg, die Landeshauptstadt Hannover sowie Lüneburg und Braunschweig. Die Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen und Kommunen "arbeiten zum Teil nicht gründlich genug", kritisierte Paulat. Die Grundsatfrage aber sei offen, so Paulat: "Ob der Regelsatz von 345,- Euro ausreicht, um ein menschenwürdiges Leben zu führen, wird sicherlich erst vom Bundesverfassungsgericht entschieden." Die Hälfte der Fälle waren Eilverfahren, in denen die Existenz gefährdet war. Sie gingen überwiegend zu Gunsten der Arbeitslosen aus. "Viele Fälle betreffen die Existenz, da muss schnell etwas geschehen", so Paulat. - "Wenn der Vermieter kündigt, weil die Miete nicht bewilligt wird, heißt die nächste Stufe Obdachlosenheim", machte auch Vizepräsident Peter Taubert die Dramatik deutlich. Die meisten Hartz-IV-Verfahren betrafen die Definition von eheähnlichen Gemeinschaften, die Anrechnung von Einkommen und Vermögen sowie die so genannte Angemessenheit der Wohnung. Taubert: "Diese Fälle haben deutlich zugenommen." Oft würden Mietzuschüsse gekürzt und Nebenkosten nur pauschal anerkannt. "Die

Energiekosten sind enorm gestiegen. Da muss man schon genau hinsehen. Strom und Wärme sind durchaus als Menschenrecht zu sehen." So gingen die meisten dieser Fälle zugunsten der Arbeitslosen aus, zumindest vorläufig. Die Hälfte der Urteile steht noch aus. - Die Konsequenz der Richter: "Die Alles-oder-nichts-Fälle werden zuerst entschieden", so Taubert. Das heißt: meist in wenigen Wochen und in dringenden Fällen auch sofort - "bei einer Drohung, den Strom abzustellen, geht die Entscheidung am gleichen Tag raus". Dieser Vorrang für die Existenzsicherung hat Folgen für andere Verfahren: Wer gegen einen Rentenbescheid oder seine Krankenversicherung klagt, muss länger warten. In der ersten und zweiten Sozialgerichtsinstantz dauert es zurzeit jeweils rund 15 Monate (!) von der Klage bis zum Urteil. - Eine Problematik kommt auf die Richter noch zu. Taubert: "Bislang gibt es noch wenig Fälle, in denen Leistungen gekürzt werden, weil eine Arbeit nicht angenommen wurde. Welche Arbeit zumutbar ist, muss noch geklärt werden." (ErSt) Jobangebote für Richter siehe unter: Landesozialgericht.niedersachsen.de

Im März Probleme bei kostenloser ver.di-Sozial-Sprechstunde ?

Seit August 2005 gibt es im Hause ver.di Hannover, mittwochs von 12.00-14.00 Uhr, die kostenlose "Sozial-Sprechstunde".

Alptraum berichtet seit 09/2005 an dieser Stelle regelmäßig darüber. Leider ist die Zahl der BeraterInnen, die diesen freiwilligen Dienst kostenlos erfüllen wollen, arg zusammengeschrumpft.

Ab dem 1. März 2006 kann das zu Engpässen in der Versorgung führen. Verständlich, dass GVH-Fahrkarten bzw. Benzin und Parkplatzkosten den auch selbst von Hartz-IV betroffenen HelferInnen erstattet werden müssen. Neben dieser zugesagten, jedoch bis-

her nicht praktizierten Kostenerstattung für Fahrkosten o.ä. wird von den Ausführenden auch eine kleine Aufwandsentschädigung erwartet. Diese Sprechstunden entlasten die hauptberuflichen Sekretäre und Sekretärinnen der ver.di-Fachbereiche erheblich, so die positiven Stimmen aus den Fachbereichen. Für die HelferInnen ist es jedoch ärgerlich, dass seit Antragsstellung beim ver.di-Bezirksvorstand im Dezember 2005 bisher nichts passierte. Sie wollen zur Unterstreichung ihrer berechtigten Forderung im März 2006 Sprechstunden durch Streik ausfallen lassen. Das trifft aber nicht die Meinung

aller im ver.di-Erwerbslosenvorstand Hannover aktiven KollegInnen, da von den BeraterInnen bis zum 22.02.06 nicht einmal die einfachsten Möglichkeiten zu einer Verständigung mit den FachbereichssekretärInnen genutzt wurden. Ob neben diesen für März offensichtlich beschlossenen "Arbeitsniederlegungen" auch Sprechstunden im April ausfallen, ist noch nicht abzuschätzen. Positiven Angeboten zum Trotz scheinen derzeit Machtkämpfe der Beratergruppe wichtiger zu sein, als einfach nur Hilfe zu leisten. Weiterhin im Service Point oder per ver.di-Ruf: 12400-0 anrufen, Rufnummer hinterlegen. (HaDe)

Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4

ALZ, Lange Laube 22

ver.di IG-Metall, Postkamp 12

ver.di, Goseriede 10

SoVD, Herschelstr. 31

Termin vereinbaren, 44 24 21

Termin vereinbaren, 167 686-0

Termin vereinbaren, 124 02-45

Termin vereinbaren, 12 400-0

Termin vereinbaren, 70 14 8-21

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen!

Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, sind teilweise sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen !



Sozial-Sprechstunde: ~~Mittwochs, 12.00 - 14.00 Uhr~~, Terminwahl: 0511 / 12400-0

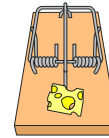
Meldet Vorkommnisse im Job-Center - wir veröffentlichen !

Beim nächsten ARGE-Besuch, für Jugendliche unter 25 Jahren ist in Hannover die Escher- / Brühlstraße zuständig, empfiehlt euch das ArbeitsLosenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-

zornige AutorInnen bzw. Material-SammlerInnen gesucht !

Greift zu eurer spitzen Feder ! Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann.

Wichtig ist, dass wir uns gegenseitig informieren, dass wir den Lügen und der gezielten Desinformation entgegentreten. Wir sind nicht wehrlos, wir stärken uns durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit.



(Alp)

Bei Anruf Schnüffelei: "Team Heidorn" findet das Klasse ?

"Team Heidorn", das sind bei uns in der Region Hannover die von der BA eingesetzten "Umsetzer" der sogenannten "Reformen" á la Hartz I-IV. Ob ein Peter Hartz nach seinem unrühmlichen Abgang als "ein Verbrecher" benannt werden darf, so weit sind wir in dieser Republik noch nicht. **Die Auswirkungen dieser "Entrechtungs-Gesetze für 5 Millionen Erwerbslose" werden von den Betroffenen durchaus als schwere Verstöße gegen die Menschlichkeit und gegen die Menschenwürde empfunden.**

Zu einem von der Arge der Region Hannover ausgerufenen Pressegespräch war erstmalig am 8. Februar 2006 neben Radio-Flora und "Madsack im Doppelpack", NP und HAZ, auch die Alptraum-Redaktion vertreten. Neben der Verkündung der Januar-Zahlen, in Form des bekannten SGB-II-Reports war das **Hauptziel des Heidorn-Teams eine positive Vermarktung der Telefon-Aktion, bei der "Kunden" der ARGE werktätlich in der Zeit von 8.00 - 20.00 Uhr am Telefon Mitarbeitern von Call-Centern persönliche Fragen beantworten sollen.** Die 70. Konferenz der Datenschutzler des Bundes und der Länder hatte im Bundestag bezüglich dieser telefonischen Befragung bereits schwerste Bedenken in Form einer Eingabe überreicht. Der Schriftsatz ist von Alptraum den anwesenden Pressevertretern und dem "Heidorn-Team" überreicht worden. **Die Tatsache, dass die von der ARGE an Erwerbslose versandten Telefonanruf-Ankündigungen einen Zeitraum von 8.00-20.00 Uhr beinhalten, wurde vom Chef der ARGE, Herrn Heidorn, vehement bestritten, auch sein Team wagte es nicht, Herrn Heidorn aus seiner Unwissenheit zu befreien.** Schützenhilfe erhielt das "Team Heidorn" vom "Doppelpack Madsack",

welches kritische Fragen und Anmerkungen des Alptraum-Teams bei diesem als Pressegespräch ausgerufenen Treffen zu unterbinden versuchte. **Dank an die "freie Presse aus Schröderstadt".** Immerhin hatte auch die Vertreterin von Radio-Flora keinen logischen Zugang zu der Argumentation der ARGE finden können, nach der **eine Auffrischung "bisher unbekannter Kundendaten" ausgerechnet und nur durch eine Telefonbefragung den "verlorenen Kontakt zu den "Job-Center-Kunden" wiederherstellen soll ?** Alle vorgebrachten Argumente zu Änderungs-Mitteilungen erschienen uns fadenscheinig. **Veränderungen müssen umgehend gemeldet werden.** Wer bewusst gesetzwidrig handeln will, wird mit einem Anruf sicherlich auch nicht "ertappt".



Diese Anruf-Aktion, so die Meinung Betroffener und auch der Alptraum-Redaktion, dient lediglich der weiteren Einschüchterung Erwerbsloser, spült eventuell noch als ein Nebeneffekt Gelder in die Kassen der mit ehemaligen Telekom-Mitarbeitern besetzten Call-Center, der Auffanggesellschaften wie zum Beispiel dem "viventto-Clan".

Die ARGE n tummeln sich weiter in diesen Unrecht-Grauzonen, verprassen ALO-Versicherungsbeiträge und Steuergelder für unsinnige Aktionen.

Niemand der angerufenen Erwerbslosen ist verpflichtet, bei einem Anruf Auskunft zu geben !

Mittlerweile kursieren die zu dieser Telefonaktionen ausgegebenen Handlungsanweisungen an Call-Center-Mitarbeiter als PDF-Dateien. Siehe auch www.alptraum.org. Uns, als offiziellen Presse-Vertretern, wurde die Herausgabe dieser Handlungs-Anweisungen verweigert. Auch zu der Frage nach der Bestimmtheit der MAE-Maßnahmen nach SGB-II, **Hinführung von 1-Euro-Jobs in den 1. Arbeitsmarkt**, erhielten wir die absolut unmögliche Antwort: **"Wir zählen diese nicht". Jede Maßnahme nach SGB-II ist auch auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, ist bei Erfolglosigkeit neu zu überdenken !** Das geschieht im Falle der 1-Euro MAE nicht. Die MAE-Träger werden weiterhin monatlich mit ca. 300 Euro je kostenloser zugewiesener Arbeitskraft gemästet. Die Ein-Euro-JobberInnen haben dort auch in ihren erlernten Berufen monatelang volle Leistung zu erbringen, bleiben jedoch ohne eine individuelle Förderung durch die BA weiterhin perspektivlos. Demgegenüber wurden die zum Fördern bereitgestellten Mittel nur zu max. 60% ausgegeben, dabei auch noch zweckentfremdet verwendet, z.B. durch Umwidmung dieser Mittel in ARGE-Personal-Stellenpläne. (HaDe)

Wir fordern Mitbestimmungsrechte Erwerbsloser in ARGE-Beiräten !



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptrraum zur Verfügung gestelltes Sparguthaben. Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich. Bei Spendezahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papieraussagen Alptrraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



energycity-Gaspreiswucher ? - Ein Glückstag für Verbraucher ?

Das Landgericht Hannover hat die Stadtwerke Hannover am 06.02.2006 per Beschluss aufgefordert, ihre Preiskalkulation offen zu legen.

Aus diesen Daten wollen die Richter ersehen, ob die von den privaten Gaskunden verlangten energycity-Preise dem Grundsatz der Billigkeit entsprechen oder überhöht sind. **Der Beschluss des Landgerichts ist bislang bundesweit einmalig.** In anderen Verfahren wurden die Energieversorger stets nur aufgefordert, die Gaspreiserhöhung zu rechtfertigen. **Nun sollen die Stadtwerke dem Gericht sogar ihre Lieferverträge vorlegen.** Diesen ersten Etappenerfolg hat eine Mietehauseigentümerin aus Hannover mit Hilfe ihres Sohnes erstritten, er ist Rechtsanwalt. **Die Eigentümer-Lobby Haus & Grund und der hannoversche Mieterverein DMB forderten alle Gasverbraucher auf, nur unter Vorbehalt zu zahlen, um gegebenenfalls Rückzahlungsansprüche geltend machen zu können.** Alptrraum hat mehrfach berichtet, siehe @lptrraum Nr. 9, 11 und 13: www.alptrraum.org **Die energycity-Stadtwerke hatten nun fünf Wochen Zeit, dem Beschluss des Gerichts Folge zu leisten. (Az: 21 O 83/05)**

Die Frau hat mit Hilfe ihres Sohnes auf Grund der Preiserhöhung vom September 2004 im Mai 2005 geklagt. Damals hatten die Stadtwerke den Gaspreis um 6 Prozent erhöht, zuletzt stieg er im Oktober 2005 um 12,7



Prozent. Der Sohn ist Anwalt einer auf Energiethemen spezialisierten hannoverschen Kanzlei. Im Gegensatz zu anderen Klägern hatte er den Gesamtpreis angegriffen. Hat er Erfolg und das Gericht stellt fest, die Stadtwerke würden den Verbrauchern zu viel fürs Gas berechnen, würde das für alle anderen Kunden von Vorteil sein. Laut dem Anwalt haben die Versorger die Verpflichtung, alle gleich zu behandeln. **Im Zweifel könnten dann rund 220.000 Haushalte sowie auch so genannte Bedarfsgemeinschaften in Hannover eine als unbillig erklärte Differenz zurückfordern.** Die Stadtwerke wollten in der vom Landgericht Hannover gesetzten Frist von fünf Wochen "prüfen, inwieweit wir den Anforderungen an diesen wirklich hohen Grad der Datentiefe nachkommen können", so deren Pressesprecher Gernot Hagemann. Dabei würden andere Verfahren im Lande zum Vergleich herangezogen. Der Gaspreis werde "im Ausland gemacht. Der betriebswirtschaftliche Spielraum für uns ist sehr gering", rechtfertigte er die

Preise. Abgesehen davon "kann das Gericht auch feststellen, dass die Preise angemessen sind - und damit rechnen wir." Ob die Stadtwerke eventuell bis zum Bundesgerichtshof gehen würden, hänge "von den Kosten und der Erfolgchance sowie der Entwicklung ähnlicher Verfahren" ab. Dem Vorsitzenden des Mietervereins, Dr. Uwe Reinhardt, war klar: **"Die Stadtwerke müssen jetzt die Hose runterziehen."** Er forderte alle Gaskunden auf, "zu klagen und mit den Mitteln des Rechtsstaats Druck zu machen". Für Haus-&-Grund-Chef, Rainer Beckmann (CDU), war der 06.02.2006 sogar "der glücklichste Tag, den die Gaskunden in Deutschland erlebt haben". Er hoffe, dass die Offenlegung zum Muster für alle anderen Verfahren wird. (Der Alptrraum wird darüber im April berichten).

Parallel hat die Landeskartellbehörde dem Gaswerk Wunstorf in der Region Hannover bestätigt, dass es aus den Preiserhöhungen vom Oktober 2005 und Januar 2006 keinen Gewinn gezogen habe. Vielmehr sind die Kostensteigerungen für den Gasbezug nicht in vollem Umfang an die Kunden weiterberechnet worden, heißt es in dem Abschlussbericht des Prüfungsunternehmens. 2005 hatte das Gaswerk nur 84 Prozent der Mehrkosten des Gaseinkaufes weitergegeben. 2006 werden es voraussichtlich nur 79 Prozent sein. (ErSt) Landgericht-Hannover.Niedersachsen.de

ALG II: Kommunen müssen Renovierungskosten erstatten

Nach einer Entscheidung des Sozialgerichts Berlin muss eine Kommune einem Mieter im Rahmen von Arbeitslosengeld II (ALG II) auch die Schönheitsreparaturen der Wohnung erstatten. Bislang stand die Bundesagentur für Arbeit auf dem Rechtsstandpunkt, dass die

Schönheitsreparaturen Bestandteil der Regelleistungen seien. Erstmals hat hier ein Gericht in Deutschland festgestellt, dass ein Mieter sowohl Anspruch auf die Regelleistungen hat und zusätzlich die Kommunen die Schönheitsreparaturen im Rahmen der tatsächlichen Kosten der Unterkunft erstatten

müssen. (Az.: S 63AS1311/05) Bereits im Mai 2005 hatte das Sozialgericht Mannheim entschieden, dass auch Kosten für Heizung, Kaltwasser und Warmwasser von den Kommunen zusätzlich zu den Regelleistungen zu übernehmen sind (Az. S 9 AS 705/05) (Alp)

Zur Kritik und Bewertung des bedingungslosen Grundeinkommens

Der Frankfurter Professor Rainer Roth (Nebensache Mensch) hat abermals eine sehr gute "Kritik und Bewertung des bedingungslosen Grundeinkommens"

herausgegeben, die mit der **Aufforderung: "bitte weiter verteilen"** auch von der Alptrraum-Redaktion aufgegriffen wurde, unter www.alptrraum.org

zum Download angeboten wird. Gerne werden wir auch die 8 DIN A4 Seiten Text zu einer kleinen Broschüre Format A5 bzw. A4 binden und verteilen. (Alp)

Frage: Heisst der Erreger H5N1 "Vogelgrippe" oder etwa "Hartz 5 Note 1" ?

Der 8. März nur ein Datum ? - 85 Jahre "Internationaler Frauentag"

Das ArbeiterInnenleben am Anfang des letzten Jahrhunderts war elend und hart. Am 8. März 1857 waren Textilarbeiterinnen in New York in einen Streik getreten. Später wurde der Tag im Gedenken an 129 Arbeiterinnen ausgewählt. Diese waren im Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen am 8. März 1908 zusammen mit weiteren Arbeiterinnen ihrer Textilfabrik "Cotton" in New York in den Streik getreten. Um eine Solidarisierung der Gewerkschaften und weiteren Belegschaften zu verhindern, wurden diese Frauen vom Fabrikbesitzer und den Aufsehern in der Fabrik eingeschlossen. Aus ungeklärten Gründen brach in der Textilfabrik ein Brand aus und zerstörte diese. Nur wenigen der eingesperrten Arbeiterinnen gelang die Flucht; 129 Frauen starben in den Flammen. - Die Wurzeln des 8. März liegen also in der Tradition proletarischer Frauenkämpfe. Im selben Jahr demonstrierten weitere Textil- und Tabakarbeiterinnen. 1909 streikten dann 20.000 Näherinnen in Manhattan. Tausende wurden verhaftet, doch die Unternehmer mussten ihren Forderungen nach 2-monatigem entschlossenem Streik nachgeben. So waren es dann nordamerikanische Sozialistinnen, die 1909 das erste Mal auf nationaler Ebene einen speziellen Frauenkampftag durchführten.

Eine der wichtigsten Befürworterinnen eines Frauentages war die deutsche Sozialistin Clara Zetkin (1857-1933). Sie setzte sich für den 8-Stunden-Tag, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Urlaub für Schwangere sowie die Gleichstellung der Frau im Arbeitsschutzgesetz ein. Dabei musste sie sich auch gegen große Teile der ArbeiterInnenbewegung durchsetzen, die in der Arbeit von Frauen angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in erster Linie eine Bedrohung für die Beschäftigung der Männer sahen.

Der erste internationale Frauentag fand am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. Millionen von Frauen beteiligten sich. Die Wahl dieses Datums sollte den revolutionären Charakter des Frauentags unterstreichen, weil der 18. März Gedenktag für die Gefallenen in Berlin während der Revolution 1848 war, und auch die "Pariser Commune" in den Monat März fiel. Bis dahin wurde der internationale Frauenkampftag immer an wechselnden



Daten zwischen Ende Februar und Ende April begangen. **Erst 1921 wurde auf Beschluss einer kommunistischen Frauenkonferenz der 8. März festgelegt.** Damit sollte an den großen Textilarbeiterinnen-Streik in St. Petersburg erinnert werden, der auf andere Sektoren übergriff und eine große Arbeiterinnen-Demonstration auslöste. Diese Kämpfe fanden anlässlich des Frauentages am 8. März 1917 statt (nach dem alten russischen Kalender am 23. Februar) und lösten den Beginn der "Februar-Revolution" aus. Dieses Datum sollte von nun an internationale Bedeutung für die Interessen und den Kampf aller ausgebeuteten und unterdrückten Frauen bekommen.

1918 stand das Frauenwahlrecht im Mittelpunkt des internationalen Frauentages. Im November 1918 erstritten die Sozialdemokratinnen mit bürgerlichen Frauenstimmrechtsverbänden das Stimmrecht für Frauen. In der Zwischenkriegszeit waren die zentralen Themen am 8. März zum einen der legale Schwangerschaftsabbruch, sowie der Schwangeren- und Mutterschutz. Dieser Kampf wuchs zu einer Massenbewegung an, denn die Wirtschaftskrise, die damals in ganz Europa herrschte, zwang jährlich über 1 Million Frauen abzutreiben. Zum ändern ging es um Existenzprobleme: Gleicher Lohn für

gleiche Arbeit, Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnkürzungen, Senkung der Lebensmittelpreise und Schulspeisung. - Forderungen, die uns auch 2006 nicht unbekannt und leider teilweise wieder abgeschafft worden sind.

Der Ausbruch des 2. Weltkrieges, das Verbot kommunistischer Parteien und der Versuch jeglichen Widerstand auszumerzen, machte eine kämpferische Durchführung des 8. März unmöglich. Nach dem Krieg fanden in der sowjetischen Besatzungszone bereits 1946 wieder Feiern zum Frauentag statt. In den sozialistischen Ländern wurde "die gesellschaftliche Befreiung der Frau" gefeiert. - Der Tag wurde mit offiziellen Feiern für die Frauen organisiert, um die sozialen Errungenschaften des Staates für die Frauen herauszustellen. Für lange Zeit gab es dann keine größeren Veranstaltungen mehr. Nach 40 Jahren wurde der 8. März dem so genannten Frieden geopfert. Die Kleinfamilie als Kern der Gesellschaft wurde gepriesen und das mütterliche Herz beschworen.

Der ökonomische Aufschwung, die Einbindung der gänzlich angepassten Parteien in den bürgerlichen Staat, sowie die Ent-politisierung des Klassenbewusstseins durch den Aufbau des Sozialstaates und Zementierung der Sozialpartnerschaft ließen auch den 8. März immer mehr von einem "Kampftag" für die Fraueninteressen zu einem allgemeinen "Festtag" für die Frau werden.

In Westeuropa gewann der Tag in den 80er Jahren erst wieder größere Bedeutung. Frauen nutzen ihn, um auf Ungleichbehandlungen hinzuweisen. Themen wie die Rechte von Ausländerinnen, die Diskriminierung von nicht-heterosexuellen Lebensweisen und die bessere Sicherung der Frauenrechte im Rahmen der europäischen Annäherung wurden aufgegriffen.

Ein Höhepunkt war 1994 der "Frauen Streik Tag", als mehr als 1 Million Frauen bundesweit gegen Diskriminierung protestierten.

Anfang März 2005 waren laut dem Deutschen Frauenrat 2.296.000 Frauen arbeitslos.

Anlass genug, um dieses Jahr am 8. März gegen die Auswirkungen von "Hartz IV" auf die Straße zu gehen ?

Infos: www.frauenrat.de (ErSt)

'N Gedicht, Bernd Lehmann hat's ersponnen: Wer spinnt's fort ? Du, weil

Du arm bist, hast wenige Sachen, kannst wenig machen, hast wenig zu lachen.

Der, weil er reich ist, beutet Dich aus, baut sich ein Haus, lacht Dich aus. (BeLe)

Konfuzius heute: "Wer große MeisterInnen kopiert, erweist ihnen Ehre."

Alptraum-Buch-Tipps im März:

"Der Freisteller"

Thriller von Donald Westlake

Aus dem Amerikanischen von Johannes Schwab:

Burke Devore ist verzweifelt. Vor zwei Jahren flatterte ihm die Kündigung auf den Tisch. Die Firma floriert seitdem, und ihm, Burke, blieb nichts außer einem feuchten Händedruck und Absagen über Absagen. - Aber jetzt reicht es: Wenn ihm keiner einen Job geben will, dann muss er eben selbst dafür sorgen. **Burke hat einen teuflischen Plan...**

"Sie werden wünschen, Burke Devore niemals kennengelernt zu haben..." (New York Times)

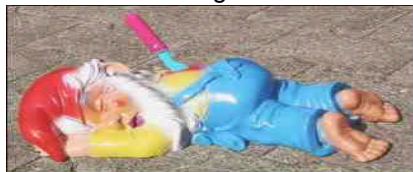
Die Originalausgabe erschien 1997 unter dem Titel "The Ax" bei Mysterious Press by Warner Books, Inc., New York. Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knaur Nachf., München, Paperback 2003, Info: www.knaur.de

ISBN 3-426-61486-3, 320 Seiten, 7,90 € (ErSt)

Ihr Gartenzwerg hat mich beleidigt !

Die verrücktesten Klagen der Welt - Neue Absurditäten aus dem Reich der Juristerei - von Falk vanHelsing:

Ob jemand im Kaufhaus über sein eigenes Kind gestolpert ist oder sich seiner übersinnlichen Fähigkeiten beraubt fühlt, ob ein nächtliches Fax die Katze erschreckt hat oder man sich das Verhütungsgel versehentlich aufs Brot geschmiert hat - nichts ist abwegig genug, um nicht dagegen zu klagen. Selbst für einen eigenen Amoklauf findet sich ein Schuldiger.



Die idiotischsten, bizarrsten und verrücktesten Klagen alle in einem Band, garantiert echt und garantiert unterhaltsam.

Leider ohne Bericht vom "Logo-Streit" zwischen der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg und der @lptraum-Redaktion...

Eichborn-Verlag 2003, 7,95 €

ISBN 3-8218-3611-3, Infos: www.eichborn-verlag.de (ErSt)

"Guter Rat ist teuer", schlechter allerdings auch !

Vom Irrsinn der Berater-Republik

Für Insider der Beraterbranche ist seit langem klar: die Behörden auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene wissen nicht einmal, wie viele Gutachten von wem beauftragt, wozu produziert wurden und werden. Jährlich werden tausende "externe Gutachten zur Verbesserung des Allgemeinwohls" in Auftrag gegeben. Es geht um Hamster, "Gender Mainstreaming", Frauenhäuser, Männergewalt, Steuergerechtigkeit, Trappen, Frösche, Umgehungsstraßen, Müllhalden ... und vor allem um die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. (Alp)

Weise Zitate im Jahre 1 nach Hartz IV:

"Wir erwarten, dass der konjunkturelle Aufschwung weiterhin anhält und auch den Arbeitsmarkt erfasst."

BA-Chef Frank-Jürgen Weise, neuzeitlicher Prophet, Verkünder der Arbeitslosenzahlen

Was bringt Arbeitszeitverlängerung ?

"Was bringt eine Arbeitszeitverlängerung ?"

Vortrag von Prof. Dr. Helmut Spitzley, UNI Bremen

Montag, 6. März 2006, 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr, in den ver.di-Höfen, Gosseriede 10, 30159 Hannover im Streiklokal

Ein Streik für 18 Minuten ?

Mülltonnen quellen über, die Betreuung der Kleinen im Kindergarten fällt aus und Operationen im Krankenhaus werden verschoben. Und das alles wegen 18 Minuten ? Hört sich wenig an, summiert sich jedoch im ganzen Arbeitsleben auf zwei Jahre. Und dann sollen wir demnächst auch noch bis 67 durchhalten !? Hunderttausende von Arbeitsplätzen sind bedroht. Die Chancen für junge Leute einen Job zu erhalten, die Übernahmekosten befristeter sinken noch weiter. 18 Minuten täglich - 1 ½ Stunden wöchentlich - 2 Wochen jährlich - insgesamt zwei Jahre Mehrarbeit im Arbeitsleben! Mehrarbeit = Arbeitsplatzverlust für bis zu 250.000 Menschen **Arbeitszeitverlängerung ist ökonomischer Unsinn ! Wissenschaftler warnen:** Arbeitszeitverlängerung gefährdet Arbeitsplätze, verschärft soziale Ungleichheit, gefährdet die Gesundheit, ist familien- und partnerschaftsfeindlich, beeinträchtigt das Ziel des lebenslangen Lernens, verhindert ehrenamtliches Engagement, führt zum Rollback in der Geschlechtergerechtigkeit und trägt nicht zu humanen Arbeitsbedingungen bei. **Arbeitszeitverlängerung ist volkswirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Unsinn.** (Alp)

Schwerpunkte: Doc M. Sommer & Co

"Ich werde den Kampf um die Würde arbeitender Menschen zum Schwerpunkt meiner Arbeit 2006 machen."

"Hartz IV hat das gesellschaftliche Klima in diesem Land vergiftet. Das ist nach wie vor unerträglich."

DGB-Chef Michael Sommer, Verfechter von Mindestlöhnen und begnadeter Hartz-IV-Kritiker (zumindest im Interview mit AP)

"Um die Vermittlung von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern zu verbessern, muss Hartz IV vom Kopf auf die Füße gestellt werden."

DGB-Vize-Chefin Ursula Engelen-Kefer gibt auch Interviews

"Wer A sagt, der muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war."

(Bertolt Brecht 1898-1956)



Horrorskop: Fische

Bei Fischen ist hervorzuheben, dass gerne sie "im Nebel" schweben. Willst Du sie fassen ? Sei behände ! Sie gleiten flink Dir durch die Hände. Einerlei, ob Guppy oder Hai. (HaiDie)

Fernsehen ist ein Schlafmittel, das mit den Augen eingenommen wird

@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

März - 2006

Unabhängig und absolut parteisch

Jahrgang 2, Ausgabe 3

+++ lokal und aktuell +++

Wo findet ihr wen ?

Montags-Demo Hannover

Montags 18.00 Uhr - 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon und Kundgebung
Innenstadt Nähe Kröpcke-Uhr / Schillerdenkmal.
"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag !"

Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

1. Dienstag im Monat 18.30 Uhr - 20.30 Uhr
Treffpunkt im Industriefarramt des KDA
Rühmkorfstraße 7 in 30163 Hannover
email: info@gegen-sozialabbau.de

IG-Metall - Erwerbslosenausschuss

Jeden 1. Mittwoch im Monat 10.00 Uhr
IG-Metall-Haus, Postkamp 12 in 30159 Hannover

ver.di Bezirkserwerbslosenausschuss

1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 17.30 Uhr
in der Rotation, ver.di Höfe, Haus C
Goseriede 10 in 30159 Hannover
email: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

Soziale Sprechstunde zu ALG II / Hartz IV

jeden Mittwoch 12.00 Uhr - 14.00 Uhr
Vorherige **Anmeldung Tel. 0511 / 12400-0** **wird bestreikt**
oder im **ver.di Service Point** in der Goseriede 10
Die Sprechstunde ist kostenlos, frei für Alle.

Arbeitslosenselbsthilfe-Frühstück

Mittwochs ab 11.00 Uhr
Sozialinitiative Linden-Limmer (Ex-PDS)
Mo. - Fr. 15.00 Uhr - 20.00 Uhr geöffnet
Stärkestraße 19a in 30451 Hannover

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeitheim Linden, Raum U5
Fred-Grube-Platz 1 in 30451 Hannover
email: info@arbeitslosenkreis-linden.de

... und im Anschluss: Café Net(t)

Limmerstraße 5 / Küchengarten

Eure lokalen Termine werden hier abgedruckt, wenn
Ihr sie uns rechtzeitig, z.B per email zusendet.

mailto: info@gegen-sozialabbau.de

Die hier zu veröffentlichenden Termine sollten aber
immer einen Bezug zum Thema Sozialgesetze oder
Erwerbslosigkeit haben !

Jetzt reicht's! **Politiker, die uns plagen, werden wir verjagen!** Jetzt reicht's!
 www.gegen-sozialabbau.de www.alptraum.org 

+++ Termine im März +++ Termine im März +++ Termine im März +++ Termine im März +++

+++ Termine +++ Termine +++

Mittwoch, 1. März 2006, 425 Tage Hartz IV

Arbeitsagenturen und Kommunen haben 2005 offenbar rund drei Milliarden Euro Fördermittel für Langzeitarbeitslose nicht abgerufen. - Laut Medienberichten entspricht dies rund der Hälfte der vom Bund bereitgestellten Mittel. - Grund dafür: Schwierigkeiten beim Aufbau der örtlichen Arbeitsagenturen.

Dienstag, 7. März 2006, 17.30 bis 19.30 Uhr

After Work Bildung - jeden ersten Dienstag im Monat: "Smalltalk" - Carpe diem - nutze den Tag! - (kostenlos!)
ver.di-Höfe, Raum D 100, Goseriede 10, 30159 Hannover

Mittwoch, 8. März 2006, Internationaler Frauentag

Frauen an der Leine: "Auf den Spuren hannoverscher Frauen"
Stadtspaziergang ca. 1,5 Std. (ermäßigt 5,- €)
Treffpunkt Nanas (Leibnizufer) Tel. 12383700,
Infos: www.stattreisen-hannover.de

Sonntag, 12. März 2006, 11.00 bis 15.00 Uhr

Internationaler Frauentag 2006: "Politisches Frauenfrühstück mit Kultur" Ort: ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10, 30159 Hannover DGB Region Niedersachsen-Mitte, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover Telefon 0511-16387-0,
Weitere Infos: www.hannover.dgb.de

Montag, 13. März 2006, um 16.30 Uhr

Vortrag: Arbeitslosigkeit! - Altersteilzeit! - Auswirkungen auf die Rente? (Anmeldung erforderlich, Teilnahme ist kostenlos) DRV
Auskunfts- und Beratungsstelle, Telefon 0511 - 35799-0
Deutsche Rentenversicherung, Bahnhofstr. 8, 30159 Hannover

Dienstag, 14. März 2006, um 19.00 Uhr

Europäische Dienstleistungsrichtlinie auf dem Prüfstand: "Dienstleistungen für'n Appel und 'n Ei?" KDA-Salongespräche (**nur für Frauen**) Anmeldung erbeten, Telefon: 0511-96599-711
Ev.-luth. Industriefarramt, Rühmkorfstr 7, 30163 Hannover

Donnerstag, 16. März 2006, 10.00 bis 17.00 Uhr

"World Café" - Bildungswerk ver.di in Niedersachsen e.V.
Coaching-Fachtagung 2006 / 80,- €, Email: info@bw-verdi-z.de
ver.di-Höfe, Haus C, Rotation, Goseriede 10, 30159 Hannover

Montag, 27. März anno 1930, vor 76 Jahren...

trat die Regierung von Reichskanzler Hermann Müller (SPD) zurück, weil sich die Koalition nicht über eine Neuregelung der Arbeitslosenversicherung einigen konnte. Der ADGB und Arbeitsminister Rudolf Wissell hatten sich dem Kompromiss zwischen SPD und Deutscher Volkspartei widersetzt, wonach das Reich der Arbeitslosenversicherung statt eines Zuschusses nur noch Darlehen gewähren sollte.

Donnerstag, 30. März 2006, @gentur für Arbeit

Seit über 10 Jahren: Traditioneller "Jagoda-Gerster-Weise-Tag"
Verkündung der Arbeitslosenzahlen für den Monat März 2006
Infos siehe: <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php>

Laut Regelsatz stehen ALG-II- und Sozialgeldempfängern monatlich 4,63 Euro für Freizeit & Kultur zur Verfügung...

Ausgelesen? - War es informativ? - Dann doch bitte an weitere Interessierte weiter geben !